

bezogen werden. So ist Beauvoir nach wie vor für zahlreiche Ansätze und Fragen der ökonomischen Gleichstellung, Intersektionalität oder den reproduktiven Rechte von Frauen von Bedeutung.

Korbik plädiert in diesem Sinne für eine frische Herangehensweise, bei der Beauvoir «nicht nur als feministische *Grande Dame* [...] hoch oben auf ihrem Podest» (S.21) gesehen werden sollte. Sie regt zu einer ersten Auseinandersetzung mit den theoretischen Schriften Beauvoirs und dem wiederholten Lesen ihrer Standardwerke an. Korbik richtet sich in erster Linie an Personen, die sich noch nicht intensiv mit Beauvoir und ihren zahlreichen Schriften beschäftigt haben.

Das Buch reflektiert sichtbar den popkulturellen Zeitgeist und sorgt dadurch für eine größere Zugänglichkeit, dies kann aber auch – nach persönlicher Präferenz – bemüht wirken und hinderlich sein. Insbesondere in den biografischen Abschnitten entsteht oft der Eindruck, die Autorin hätte selbst an Beauvoirs Leben teilgehabt. Eine kritische Distanz ist dann nur noch schwer zu erkennen: Die lebendige, um Nähe bemühte Sprache ist an vielen Stellen affirmativ und enthusiastisch. Korbik ist überzeugt, dass Beauvoir – auch nach heutigen Maßstäben – aktuell ist und nutzt jede Gelegenheit, den Leserinnen und Lesern diese Überzeugung zu vermitteln.

Hier zeigen sich zugleich die Stärken und Schwächen des Buchs: Die Autorin bietet unter anderem eine zugängliche Darstellung und Begleitung einer faszinierenden Figur und weckt gerade deshalb das Interesse nach mehr – etwa nach zusätzlichen Ausführungen zu Beauvoirs Erweiterung des existenziellen Freiheitsbegriffs oder der Darstellung der theoretischen Kontroversen

rund um ihr Hauptwerk. Korbik gelingt es, dem facettenreichen Leben und Werk Beauvoirs im abgesteckten Rahmen gerecht zu werden. Das Ziel des Buches wird somit erreicht: Die Popularisierung und inhaltliche Heranführung an die Person Simone de Beauvoir, an ihren Feminismus und an ihre Theorie, um einer neuen, auch nicht-akademischen Generation den Einstieg in vermeintlich exklusive Themen- und Fachbereiche zu erleichtern. Lehrreich – auch für die Wissenschaft.

Mark Fischer

Eine Schärfung der eigenen Argumentation in einer durch Zahlen geprägten Welt

Rezension zu: Oliver Schlaudt, *Die politischen Zahlen. Über Quantifizierung im Neoliberalismus*, Frankfurt a.M. 2018, Klostermann Rote Reihe 102, 192 S., 19,80€

Der Philosoph Oliver Schlaudt setzt sich in seinem neuesten Buch mit der Entstehung des Bedeutungszusammenhangs von Zahlen in der Politik mit einem Fokus auf den Neoliberalismus auseinander. Diese wohlinformierte und unterhaltsame Einführung in das Thema leistet eine Bedeutungsanalyse von Zahlen am Beispiel ihrer Verwendung in verschiedenen kapitalistischen Ordnungsvorstellungen aus der geistes- und wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung.

Ausgehend von frühen ökonomischen Denksätzen bis hin zu philosophischen Grundlagen z.B. des frühen Utilitarismus wird die Entwicklung der Zahl in der Ökonomie nachgezeichnet. Diskutiert wird in den drei Themenblöcke sowohl das Verhältnis von «Zahl und Politik», «Wert und Preis», sowie abschließend die heute dominierende

neoliberale Strategie der vergleichenden Quantifizierung im Kapitel «Sein und Besserssein». Das Buch macht dabei die Eigenlogik von Indikatoren und Zahlen vor dem Hintergrund der dominierenden ökonomischen Denksätze bewusst. Quantifizierte Darstellungen, wie z.B. das Bruttoinlandsprodukt, bieten eben nicht wertneutrale Messmethoden, sondern setzen eine Reihe von Grundannahmen voraus, die die Ausdrucksweise ungleicher Produkte und Prozesse in einer Zahl überhaupt zulassen. Deutlich wird die Bedeutung dieses Schrittes, wenn z.B. gleichsetzende Quantifizierungen verschiedener immaterieller und sachlicher Werte ihre eigenen Handlungslogiken selbst hervorbringen und als Sachzwang titulieren. Schlaudt betont, dass Entscheidungen für Quantifizierungen zu einer bewussten oder unbewussten Einschränkung politischer Handlungsspielräume führen. Zahlen als Indikatoren lassen Besonderheiten des Einzelfalls genauso außeracht wie gesellschaftliche Folgewirkungen. Die Fragen ökologischer Kosten werden z.B. übersehen in einer Zahlenorientierung auf ökonomisches Wachstum, wie sie das BIP offeriert.

In der heutigen Zeit prägt insbesondere der Neoliberalismus das Denken und Handeln institutioneller wie individueller Akteure bis tief in persönliche Lebensbereiche hinein. Dabei begründet selbstverständlich auch diese Ideologie ihren Anspruch politischer Handlungsleitung anhand scheinbar objektiver und zahlenbasierter Instrumente. Tatsächlich entpuppt sich die Rolle des Staates im Neoliberalismus laut Schlaudt als bedeutender Faktor für die Möglichkeit des Fortbestehens neoliberaler Ordnung und ihrer Durchdringung des individuellen Alltags. Die ständige Kontrolle durch neoliberales «Monito-

ring» von staatlichen Strukturen wie auch Unternehmen wird zwar als «Demokratisierung» des Apparates verkauft. Gleichzeitig steckt hinter dieser ständigen Überwachung von Strukturen und Menschen durch Zahlen und Vergleiche ein interesseloses und propagandistisch mächtiges Instrument: neoliberaler Handlungslogik von Konkurrenz und Rationalisierung.

Diese Grundthesen des Buches überraschen kritisch Denkende sicher kaum. Der Reiz des Lesens liegt dafür in der fundierten historisch-philosophischen Einführung in die politische und ökonomische Zahlenwelt mit vielen anschaulichen Beispielen. Beides sorgt für das ein oder andere Aha-Erlebnis und eine Schärfung der eigenen Argumentation in einer durch Zahlen geprägten Welt.

Hendrik Küpper

Linkspopulär – eine realistische Option

Rezension zu: Andreas Nölke, *Linkspopulär. Vorwärts Handeln statt Rückwärts denken*, Frankfurt a.M. 2017, Westend Verlag, 240 S., 18,-€

Die Umfragewerte während des Schulz-Hypes im Frühjahr 2017 sowie ein Blick auf die Sozialstruktur in Deutschland verraten: Das Potenzial an möglichen Wählerinnen und Wählern für die SPD ist grundsätzlich hoch. Dennoch erzielte die SPD bei den vergangenen Bundestagswahlen im September 2017 mit 20,5% ihr historisch schlechtestes Ergebnis in der gesamten Nachkriegszeit. Wären das historische Tief der SPD sowie eine damit verbundene, schwache politische Linke im Bundestag nicht schon allein besorgniserregend genug, haben die regressiven Tendenzen in der Gesellschaft

mit dem Einzug der AfD in den Bundestag zugleich einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der Politikwissenschaftler Andreas Nölke hat mit seinem Buch *Linkspopulär – Vorwärts Handeln statt rückwärts denken* nun einen Versuch vorgelegt, ein linkes Programm zu entwerfen, das die Sorgen des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft ernst nehmen und dadurch dem Rechtsruck entgegenwirken soll.

Im Zentrum der Überlegungen Nölkes, der seit 2007 Professor für Politikwissenschaft mit den Arbeitsschwerpunkten Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie am Fachbereich Sozialwissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt a. M. ist, steht der Begriff *linkspopulär*, der die zwei Facetten seiner Position deutlich werden lassen soll. Diese Position sollte, so Nölke, «nicht nur links, sondern sie sollte auch populär sein, also breite Bevölkerungsgruppen ansprechen.» (S.220) Doch wie genau entwickelt und begründet Nölke seine Position? Aufgeteilt ist das Buch in neun Kapitel, von denen sich die ersten drei Kapitel vor allem mit der Analyse der bestehenden Gesellschaft befassen. So wird der Blick zunächst, umfangreich und mit vielen sozioökonomischen Fakten untermauert, auf die subjektive als auch auf die objektive Dimension der sozialen Frage – auf Armut und auf die bestehenden Abstiegsorgen – gerichtet, ehe im zweiten Kapitel dann ausführlich die Krise des progressiven Lagers beleuchtet wird. Nachdem man in den beiden ersten Kapiteln viele sozioökonomische Fakten zur Schärfung der eigenen Argumentation, eine Übersicht über bereits bekannte Argumente und einige zum Nachdenken anregende Überlegungen erhält, analysiert das dritte Kapitel die linkspopuläre Lücke, die sich dadurch ergibt, dass keine

politische Kraft, so Nölke, die Vertretung des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft als ihre Aufgabe ansieht. Lösen lasse sich dies erst dadurch, dass die Politik das politische Spektrum nicht mehr wie bislang vor allem eindimensional (links-rechts), sondern endlich zweidimensional (kosmopolitisch-kommunitaristisch) wahrnimmt. Während das kosmopolitisch-linke Spektrum, also dasjenige, das beispielsweise Wert auf offene Grenzen und transnationale Mobilität legt, besonders auch durch Linke und Grüne bedient wird, fehlt das politische Angebot für kommunitaristisch-links orientierte Bürgerinnen und Bürger bislang völlig. Wollen letztere ihre kommunitaristische Orientierung, die durch den Wunsch nach Schutz der lokalen oder nationalen Demokratie sowie sozialer Sicherheit auf nationaler Ebene geprägt ist, nicht aufgeben, so gäbe es bislang mit der AfD ausschließlich am rechten Rand ein politisches Angebot. Oder anders: «Durch die Abwesenheit einer links-kommunitaristischen Option fehlt vielen Wählern gerade in der für viele aktuell besonders bedeutsamen Dimension des Parteienwettbewerbs ein politisches Angebot.» (S.82) Die Aufgabe einer linkspopulären Position besteht also in der Schließung einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke.

Wie genau aber stellt Nölke sich das Schließen dieser Repräsentationslücke vor? Ganz zentral ist für den Politikwissenschaftler, dass eine linkspopuläre Option im Grunde sozialdemokratischen Werten folgen müsse: «Als linke Position muss sie sich für die sozial Schwachen und ein stärker egalitäres Wirtschaftsmodell einsetzen, sowie für eine friedliche Kooperation auf globaler Ebene. Als populäre beziehungsweise kommunitaristische Position muss

sie Vorbehalte gegen eine ungehemmte Globalisierung, gegen unregelmäßige Massenmigration und gegen Einschränkungen der demokratischen Souveränität artikulieren.» (S.101) Nachdem er die Grundprinzipien einer linkspopulären Position im vierten Kapitel ausführt, werden in den nachfolgenden Kapiteln konkrete politische Handlungsmöglichkeiten für die Bereiche «Wirtschaft und Soziales», «Globalisierung und Europäische Union», «Innenpolitik und Migration» sowie «Außen- und Sicherheitspolitik» aufgezeigt. Während es Nölke dabei grundsätzlich neben einer Politik, die auch stärker wieder die Interessen des weniger privilegierten Teils der Gesellschaft berücksichtigt, um die Ausbalancierung der deutschen Ökonomie und eine auf Fairness und Respekt basierende Außenpolitik geht, wird konkret beispielsweise vorgeschlagen, durch «die Stärkung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, beispielsweise über Gesetze zur Unterstützung der Tarifbindung» (S.131) für höhere Löhne zu sorgen oder die «Entmachtung der globalen Finanzmärkte durch Defanzialisierung» (S.154) umzusetzen. Geknüpft sind sämtliche Forderungen dabei stets an «fünf Grundprinzipien, nämlich der Verbesserung der Lage der Schwachen in der deutschen Gesellschaft; einer abgestuften Solidarität in einer globalen Welt; einem Wirtschaftsmodell, das eine egalitäre Verteilung in Deutschland mit der Rücksichtnahme auf andere Wirtschaftsräume verknüpft; einen Fokus auf demokratische Selbstbestimmung auf nationaler Ebene statt auf den kosmopolitischen Illusionen einer supranationalen Demokratie; und auf Interessenausgleich und Respekt anstelle von Intervention und Machtausweitung als Leitprinzipien der internationalen Politik.» (S.101)

Im abschließenden Kapitel des Buches werden dann «die Konturen einer linkspopulären Position noch einmal im Kontrast gegen die Programmatik existierender Parteien geschärft» (S.220). Obwohl in diesem Kapitel deutlich wird, dass die Parteien einiges an Potenzial verschenken und sich grundlegend wandeln müssen, wird dabei an der Wichtigkeit dieser festgehalten.

Doch gelingt nun der Versuch einer linkspopulären Position, eines alternativen Programms gegen die Alternativlosigkeit und kann er vor allem etwas zur politischen Praxis beitragen? Hierzu lohnt sich zunächst ein Blick auf die Struktur des Buches. Wie bereits deutlich wurde, ist den Forderungen und der Entwicklung einer Position zunächst eine gelungene Analyse vorausgestellt; die Nölkes linkspopuläre Position, anders als dies oftmals der Fall ist, auf ein tragfähiges Fundament stellt, auf das jederzeit zurückgegriffen werden kann und wodurch deutlich wird, vor welchem Hintergrund Nölke seine Überlegungen anstellt. Die Verzahnung einer gesellschaftlichen Analyse mit konkreten politischen Forderungen stellt also eine besondere Stärke dieses Buches dar und ist darüber hinaus in einer zugänglichen Sprache, auch für Nichtökonominnen und Nichtökonomnen, geschrieben. Fernab der gelungenen Struktur gelingt es dem Autor mit dem Aufzeigen einer links-kommunitaristischen Repräsentationslücke einen wunden Punkt derzeitiger linker Politik zu treffen, woran konstruktiv angeknüpft werden kann. Insbesondere in sozialdemokratischer Hinsicht ist eine Lektüre unbedingt empfehlenswert. So lässt sich dem Buch ein realistischer und aussichtsreicher Umgang mit einer hochgradig heterogenen Wähler_innenschaft abgewinnen, der dem Rechtsruck entgegenwirkt und ein

Angebot sowohl für links-kommunitaristisch als auch für links-kosmopolitisch orientierte Bürgerinnen und Bürger bietet. Würde sich die Lektüre des Buches also schon allein aufgrund der scharfsinnigen Analyse der Gesellschaft und der Schwäche der linken Parteien, insbesondere der SPD, lohnen, so kann das Buch mit seinem Realitätsinn zusätzlich noch durch konkrete und umsetzbare Forderungen glänzen, die an sozialdemokratischen Werten orientiert sind und für die Revitalisierung verloren geglaubter sozialdemokratischer Ideen stehen. Einzig das Eingehen auf weitere relevante Aspekte und Themen, beispielsweise auf den Bereich der Bildungspolitik oder auf den Umgang mit der Digitalisierung, wäre zusätzlich wünschenswert gewesen. Kurzum: Nölke gelingt ein alternatives linkes Programm, das auf einer umfangreichen und insgesamt überzeugenden Analyse basiert, überzeugende und realistische Forderungen aufstellt und den angedachten Anspruch – sowohl links als auch populär zu sein – erfüllt. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Politik – und insbesondere die SPD – dieses Buch zu Herzen nehmen würden.

Hagen Weiler

Ohne mehr Gleichheit keine bessere Gesellschaft
Rezeption zu: Jochen Dahm, Thomas Hartmann, Max Ostermeyer (Hg.): *Gleichheit! Wirtschaftlich richtig, politisch notwendig, sozial gerecht!* Bonn 2017 (J. H. W. Dietz Nachf.), 350 S., 26,-€.

Der Sammelband folgt (leider) nicht der kategorialen Struktur seines Untertitels, sondern der Gliederung in vier Teilen: «Über den Wert der Gleichheit. Landkarte

der Ungleichheit. Spezifische Aspekte der Ungleichheit. Wege zu mehr Gleichheit.» Die Herausgeber sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung – damals im Projekt «Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie – 2017plus» (zu) den verschiedenen Ursachen und Wirkungen der Ungleichheit (mit dem) «Ziel: gezielte politische Lösungsansätze entwickeln, die das weitere Auseinanderdriften unserer Gesellschaft verhindern».

Damit wenden sie sich gegen «die Mär, dass Ungleichheit für wirtschaftliches Wachstum unabdingbar sei» (vgl. auch im Folgenden den Klappentext/Rückseite). Nicht nur für die Herausgeber «ist inzwischen klar: Wachsende soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand...». Dagegen beanspruchen die Herausgeber: «Zu einer Zeit, in der das Thema Ungleichheit endlich wieder progressiv diskutiert wird, liefert dieser Band einen Gesamtüberblick an Analysen und Handlungsmöglichkeiten. Denn: Eine gute Gesellschaft braucht mehr Gleichheit.» (Hervorhebung im Original: warum nur «mehr»? vgl. im Folgenden)

Diesem Anspruch werden die Herausgeber nur zum Teil gerecht. So fehlt in ihrem «Vorwort» (S. 9 – 12) eine systematische Definition und Verbindung ihrer thematischen Schlüsselbegriffe (im Untertitel) sowie (nach meiner Kritik) deren – logische – Korrespondenzen zur rechtlichen Gleichbehandlung: vor den – nur so – allgemeinen Gesetzen, vor den allgemeinen gleichen Wahlen, vor den allgemeinen gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten. Erst recht fehlen danach rechts- bzw. wirtschafts-politische Diskussionen zu traditionellen Rechtfertigungsversuchen

ungleicher wirtschafts-bürgerlicher Rechte und Pflichten (angeblich wegen ungleicher «Verdienste» und «Verantwortungen», die tatsächlich längst nicht mehr valide und reliabel festgestellt und bewertet werden können).

Aus Platzgründen kann ich nur auf fünf von 27 besonders herausragende Beiträge hinweisen; die Herausgeber ermöglichen in jeweils zwei bis drei Kernzitate eine Übersicht der Beiträge (S. 12 – 17):

Richard G. Wilkinson und Kate Pickett: Der Feind zwischen uns – die psychologischen und sozialen Kosten von Ungleichheit (S. 51 – 90) analysieren, «inwiefern Ungleichheit die Qualität sozialer Beziehungen beeinflusst. Während egalitäre Gesellschaften ein höheres Niveau zwischenmenschlichen Vertrauens und ein stärkeres Gemeinschaftsleben genießen ... vergrößert stärkere Ungleichheit die Bedeutung von Statusunterschieden und des sozialen Evaluationsdrucks ... Strategien, die an egalitäre Umstände angepasst sind, richten sich stärker an Zusammenarbeit, Unterstützung und Gegenseitigkeit aus, ... ungleichere Gesellschaften lassen eine stärkere Verbreitung von Ängsten erwarten, ... mehr Störungen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum, Drogen und übermäßiges Einkaufsverhalten».

Michael Hartmann: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Der renommierte Elitenforscher (leider im Autorenverzeichnis vergessen!) gibt einen Gesamtüberblick über die Ungleichheitsentwicklung in Deutschland und zielt dabei auch die vergleichsweise hohe Dichte an Milliarden ... als Indikator heran. «Deutschland belegt international einen Spitzenplatz. 2015 stammten von den 1000 reichsten Menschen der Welt 67

aus Deutschland. Damit rangiert Deutschland hinter den USA (353 Personen) und China (76) auf Platz 3 ... 2016 kam die BRD auf 154 Milliarden ... nimmt man alle aufgezählten 500 Reichten zusammen, so verfügen sie über ein Gesamtvermögen von 700 Milliarden Euro. Das ist mehr als das Doppelte des Bundeshaushalts für 2017» (S. 112f.). Danach erklärt Hartmann (S. 114f.) die «forcierende» Steuerpolitik der Bundesrepublik auch ihres damaligen Bundeskanzlers Schröder: «Die zwischen 2000 und 2008 vorangetriebene Deregulierung der Finanzmärkte begünstigte die großen Kapitalvermögen. Die Gewinne aus Dividenden und sonstigen Geldanlagen sind trotz Finanzkrise massiv gestiegen ... Zweitens hat die Agenda 2010 zeitgleich ... durch Hartz IV nicht nur den sozialen Abstieg gravierend beschleunigt, sie hat durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts (Förderung von Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit) auch die Entstehung eines Niedriglohnssektors vorangetrieben, in dem heute fast ein Viertel der Beschäftigten tätig ist. Allein jeder fünfte Beschäftigte verdient maximal 10,-€ pro Stunde. Das ist ein entscheidender Grund für die Zunahme der Armut ... Sorgten die verschiedenen Steuersenkungsbeschlüsse bei den direkten Steuern (vor allem beim Spitzensteuersatz und der Körperschaftsteuer) bis 2005 vor allem für eine gute Entlastung der hohen Einkommen, kam es danach in erster Linie durch Anhebung der indirekten Steuern (vor allem durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer) zu einer Belastung der niedrigen und mittleren Einkommen. Zwischen 1998 und 2005 sank die gesamte Steuerlast des oberen Zehntels um 2,2%, während das untere Zehntel um denselben Prozentsatz stärker zur Kasse gebeten wurde».